

# Erklärungen und Stellungnahmen

Bewilligungsverfahren beim Gewerbeaufsichtsamt zur Mitwirkung von Kindern und vollzeitschulpflichtigen Jugendlichen bei Veranstaltungen im Sinne des Jugendarbeitsschutzgesetzes.

**Hinweise:** Vollzeitschulpflichtige Jugendliche werden nach dem Gesetz wie Kinder behandelt. Bitte füllen Sie die nachfolgende Erklärung vollständig und wahrheitsgemäß aus.

## I. Einverständniserklärungen der Personensorgeberechtigten (Eltern, Vormund)

Wir sind mit nachstehender Beschäftigung unseres Kindes einverstanden:

Familienname des Kindes			
Vorname			
Geburtsdatum			
z.Zt. besuchte Schule/Schulklasse			
Arbeitgeber (Name, Anschrift)			
Titel der Veranstaltung/ Produktion			
Art der Mitwirkung			
Beschäftigungsort (PLZ-Ort)			
Beschäftigungsdauer	von	bis	Tage insgesamt

Wie viele Tage wurde Ihr Kind in diesem Kalenderjahr bereits bei anderen Produktionen, Projekten, Veranstaltungen im In- und Ausland beschäftigt? \_\_\_\_\_ Tag(e)

Für wie viele zukünftige Beschäftigungstage haben Sie bereits eine Einverständniserklärung abgegeben? \_\_\_\_\_ Tag(e)

Gemeinsamer Wohnsitz:

Straße, Hausnummer			
PLZ, Ort		Telefon	

Anschrift des Kindes bei getrenntem Wohnsitz:

Straße, Hausnummer			
PLZ, Ort		Telefon	

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschriften: Vater/Vormund<sup>1</sup> und Mutter/Vormund<sup>1</sup>

\_\_\_\_\_  
Namenswiederholung in Druckschrift und \_\_\_\_\_

### Eidesstattliche Erklärung:<sup>1</sup>

Hiermit bestätige ich, dass ich das alleinige Sorgerecht für mein Kind habe (evtl. Kopie des Urteils oder Sorgerechtsbeschluss anbei).

\_\_\_\_\_  
Sorgeberechtigter

<sup>1</sup> Hinweis: Obliegt das Sorgerecht nur einem Elternteil ist obige eidesstattliche Erklärung ergänzend auszufüllen

## II. Ärztliche Bescheinigung<sup>2</sup> (nicht älter als 3 Monate bei Antragsstellung)

Das Kind oder die/der Jugendliche:

(Name, Vorname)

wurde von mir am  untersucht.

### Ergebnis:

Gegen die beabsichtigten Beschäftigung des Kindes bzw. des/der Jugendlichen bei einer Veranstaltung im Sinne des Jugendarbeitsschutzgesetzes § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2 bestehen

- keine Bedenken,  
 folgende Bedenken (ggf. auf Beiblatt):

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift und Stempel des Arztes

## III. Unbedenklichkeitserklärung der Schule/Schulbehörde<sup>3</sup> (Gültigkeit nur für das beantragte Projekt)

Hinweis: Das Gewerbeaufsichtsamt bittet auch für den Fall, dass die Beschäftigung außerhalb des Unterrichts, z. B. in den Ferien, erfolgt um eine Stellungnahme.

Das Kind bzw. die/der Jugendliche:

(Name, Vorname)

ist vollzeitschulpflichtig und besucht folgende

Schule:

(Name, Anschrift)

Klasse:

Durch die beabsichtigte Beschäftigung wird das Fortkommen in der Schule voraussichtlich

- nicht beeinträchtigt,  
 voraussichtlich beeinträchtigt.

Eine Unterrichtsbefreiung, Beurlaubung

- wird für den Zeitraum vom \_\_\_\_\_ bis einschl. \_\_\_\_\_ erteilt,  
 kann nicht erteilt werden.

- Es bestehen folgende Bedenken (ggf. auf Beiblatt):

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift und Stempel des Schule

<sup>2</sup> Hinweis: Die Stellungnahme zu II. (Arzt), III (Schule) und IV. (Jugendamt) erfolgen jeweils unabhängig voneinander.

<sup>3</sup> Hinweis: Die Stellungnahme zu II. (Arzt), III (Schule) und IV. (Jugendamt) erfolgen jeweils unabhängig voneinander.

#### IV. Stellungnahme des Jugendamtes<sup>3</sup>

Gegen die beabsichtigte Beschäftigung des Kindes bzw. des/der vollzeitschulpflichtigen Jugendlichen:

(Name, Vorname)

bei Veranstaltungen entsprechend § 6 JArbSchG Abs. 1 bestehen

keine Bedenken,

folgende Bedenken (ggf. auf Beiblatt):

Diese Stellungnahme ist gültig für den Zeitraum vom  bis zum

Sind für das Kind bzw. des/der vollzeitschulpflichtigen Jugendlichen im laufenden Kalenderjahr bereits Stellungnahmen nach § 6 Abs. 2 erfolgt?

Ja  Nein

Um wieviel Beschäftigungstage hat es sich insgesamt gehandelt?

\_\_\_\_\_  
Name, Tel.-Nr. des Sachbearbeiters

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift und Stempel

#### V. Einwilligungserklärung zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der persönlichen Daten

Für den Fall, dass sich durch die Art und/oder Dauer der beantragten Beschäftigung Anhaltspunkte für die Beeinträchtigung des Kindeswohls ergeben (z.B. bei der Mitwirkung in Theater-, Film- oder Fernsehproduktionen mit psychisch belastenden Inhalten), gebe/n ich/wir **freiwillig** folgende Erklärung ab:

Hiermit willige ich / willigen wir in die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten ein, soweit sie zur Bearbeitung des Antrags auf Bewilligung einer Ausnahme nach § 6 Abs. 1 JArbSchG notwendig sind. Das Jugendamt wird ermächtigt, alle dem Amt vorliegenden Erkenntnisse auszuwerten und die für die Begründung seiner Stellungnahme erforderlichen personenbezogenen Daten an das Gewerbeaufsichtsamt zu übermitteln.

Bei Verweigerung dieser Einwilligung kann das Jugendamt im oben genannten Fall die erforderliche Stellungnahme nicht abgeben. **Bei Fragen zur datenschutzrechtlichen Erklärung wenden Sie sich bitte an das für Sie zuständige Jugendamt.**

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift/-en des/der Personensorgeberechtigten

Hinweise: <sup>3</sup> Die Stellungnahme zu II. (Arzt), III (Schule) und IV. (Jugendamt) erfolgen jeweils unabhängig voneinander.

Dem Jugendamt sind zur Abgabe einer Stellungnahme folgende Unterlagen vorzulegen:

1. der vollständig ausgefüllte Antrag mit allen Beiblättern und den Unterlagen, die zur Beschreibung der Mitwirkung der Minderjährigen erforderlich sind, wie z.B. Text-, Drehbücher und Bühnen-, Spiel-, Auftrittspläne etc.,
2. die vollständig ausgefüllte Einverständniserklärung der Personensorgeberechtigten mit den Angaben zur bisherigen Mitwirkung des Kindes bei anderen Veranstaltungen in diesem Kalenderjahr (siehe Ziffer I.),
3. die unterzeichnete datenschutzrechtliche Einwilligung der Personensorgeberechtigten (siehe Ziffer V.).

Für die persönliche Abgabe der Unterlagen sollte ein Termin mit dem Jugendamt vereinbart werden. Das Jugendamt benötigt für seine Stellungnahme **mindestens eine Woche**.